

RUSSLAND

DR. LARS PETER SCHMIDT

DR. IRINA OCHIROWA

VIKTOR FRANK

Parlamentswahlen in Russland

Ergebnisse und Bewertung

5. Dezember 2011

Russland hat am 04. Dezember 2011 ein neues Parlament gewählt. Die regierende Partei Einiges Russland hat deutlich Stimmen verloren, erreicht dennoch knapp die absolute Mehrheit. Das Ergebnis ist eine deutliche Schlappe für die derzeit regierende Elite Russlands. Das vorläufige Wahlergebnis sieht wie folgt aus: Einiges Russland – 49,54%; KPdRF – 19,16%; Gerechtes Russland – 13,22%; LDPR – 11,16%; Jabloko – 3,3%; Patrioten Russland – 0,97%; Rechte Sache – 0,59% Die Opposition und Wahlbeobachter der OSCE gehen von Wahlmanipulationen in den großen Städten und einigen Regionen aus.

Die am 4. Dezember 2011 gewählte Duma erfährt in dieser Legislaturperiode nicht nur auf Grund ihrer veränderten Zusammensetzung eine Erneuerung, auch die personelle Zusammensetzung der Fraktionen wurde teilweise grundlegend verändert. So verblieben nur 170 von 315 Abgeordneten der Partei Einiges Russland (ER) auf der Wahlliste. Neue, überwiegend junge Abgeordnete sind dazu gekommen.

Während des Wahlkampfes setzten die Parteien unterschiedliche Akzente. Die ER stellte ihre beiden Führungsfiguren, Putin und Medwedew, in den Vordergrund und betonte die Stabilität der Politik und Wirtschaft des Landes.

Die von der ER thematisierte Stabilität wurde von den gegnerischen Parteien aufgegriffen und als Stagnation stigmatisiert. Insgesamt dominierte der Slogan „Wählt egal wen, Hauptsache nicht ER“ den Wahlkampf. Ein weiterer Schwerpunkt war die starke Fokussierung auf Gerechtigkeitsaspekte und soziale Probleme. Die Parteien verzichteten weitgehend auf nationalistische Rhetorik,

mit Ausnahme der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR). Insgesamt war der Wahlkampf im Vergleich zum Jahr 2007 langweilig und nichtssagend. Eine Konfrontation der jeweiligen Spitzenkandidaten fand nicht statt, ebenso gab es keine offenen Diskussionen mit den Wählern.

Im Vorfeld der Wahl schwankte das prognostizierte Ergebnis von unabhängigen Instituten für Einiges Russland zwischen 45 und 52 Prozent. Das tatsächliche Wahlergebnis bestätigt die Umfragen. Dies schränkt den Vorwurf der massiven Wahlmanipulation ein.

Mit dem Verlust von knapp 14 Prozent der Stimmen verliert Einiges Russland seine zweidrittel Mehrheit im Parlament. Eine eigenständige Verfassungsänderung ist nicht mehr möglich. Die Ursachen für diesen Vertrauensverlust der russischen Wähler sind vielfältig. Zum einen liegen sie in der Wirtschaftskrise, die Russland dank den vorher angehäuften Währungs- und Goldreserven einigermaßen verkraften konnte, die jedoch eine strukturelle Schwäche der russischen Wirtschaft aufzeigte, die die Regierung bislang nicht beseitigen vermochte. Zum anderen liegen sie in der allgemeinen Stagnation der politischen Entwicklung und der Unzufriedenheit der Russen. Diese entwächst der Differenz zwischen den propagierten Zielen und vermeintlichen Erfolgen von ER und der tatsächlichen Lage im Land. Die Bestrebung der Machtpartei, eine möglichst große Kontrolle auszuüben und die Administration landesweit in die Partei einzubinden, macht sie ebenfalls angreifbar. Die Ineffektivität und der nicht gelungene Abbau der Korruption und der Bürokratie werden ER angelastet.

Vor allem die junge Generation in Russland hat es verstanden, einen Missbrauch der administrativen Ressourcen zu Gunsten von ER eingesetzten Bürokraten und die Einseitigkeit staatlicher Medien zu erkennen, und lehnt diese entschieden ab. Die sowjetische Art des Wahlkampfes von ER kam bei jüngeren Wählern und bei der neu entstandenen Mittelschicht ebenfalls nicht an. Insgesamt verloren Partei und Führung an Charisma und ihre Aussagen an Überzeugungskraft. Die russische Mittelschicht ist mit der geschaffenen Stabilität allein nicht mehr zufrieden und fordert mehr politische Partizipation ein. Die Torpedierung der Partei Rechte Sache durch die Kremladministration und die befremdlich wirkende Rochade der beiden Führungsfiguren führten bei dieser Wählerschaft zur Frustration und wachsenden Unmut. Während sich die Prioritäten der russischen Bürger mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen gewandelt haben, stagniert die Partei und setzt weiter auf überholte Parolen.

Die Erfolge der Opposition können größtenteils mit der allgemeinen Proteststimmung der russischen Bevölkerung erklärt werden. Sie hatte aber auch wenig Möglichkeiten, sich in einem von ER dominierten Parlament durch ihre Arbeit hervorzutun. Ihr Erfolg verdient aber auch Respekt, angesichts der immensen Mittel die ER zur Beeinflussung der Wahl aufgebracht hat.

Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPdRF) stellt die zweitstärkste Fraktion in der Duma. In Anbetracht dessen, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung Russlands die einzige wirkliche Opposition während der letzten Legislaturperiode darstellten, waren sie die erste Anlaufstelle für die meisten Proteststimmen. Ihr Erfolg hat seinen Ursprung in der allgemein empfundenen Ungerechtigkeit in Russland und der Nostalgie der Russen nach der vermeintlichen sozialen Absicherung der Sowjetzeit. Die kommunistische Ideologie und Vergangenheit der Partei stößt dagegen auf eine breite Ablehnung innerhalb der russischen Gesellschaft.

Einen überraschenden und immensen Stimmenzuwachs erhielt die Partei Gerech-

tes Russland. Vor der Wahl bezweifelten die meisten Beobachter ihren Einzug ins Parlament und sahen die Partei in der Bedeutungslosigkeit versinken. Die klare Positionierung als Oppositionspartei und ihre Distanzierung von ER seit dem Frühjahr 2011 verschafften ihr doppelt so viele Stimmen, wie bei der letzten Wahl. Durch eine der KPdRF ähnliche Ausrichtung, jedoch ohne den kommunistischen Unterbau, hat die Partei jetzt eine Chance sich als eine ernstzunehmende Oppositionspartei mit einer sozialdemokratischen Ausrichtung in Russland zu etablieren.

Die LDPR konnte wie gewöhnlich die rechts und nationalistisch ausgerichteten Wähler mobilisieren.

Den außerparlamentarischen Oppositionsparteien gelang es, wie schon bei der Wahl 2007, nicht die Sieben-Prozent-Hürde zu überspringen. Ihr Bild im Vorfeld der Wahlen war eher durch Streit und Konzeptionslosigkeit geprägt. Tatsächlich verbinden die meisten Russen vor allem mit liberalen Parteien wie Jabloko das Chaos der 1990er Jahre und machen sie bis heute in vollem Umfang dafür verantwortlich, so dass sie als Wahlalternative bisher nicht in Betracht gezogen werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die russische Parteienlandschaft dabei ist sich zu diversifizieren. Auf der einen Seite findet man eine weitgehend konsolidierte aber immer noch populistische Linke, auf der anderen Seite eine weitgehend sozialkonservative Rechte mit der ER. Rechtsaußen steht die ultranationalistische LDPR.

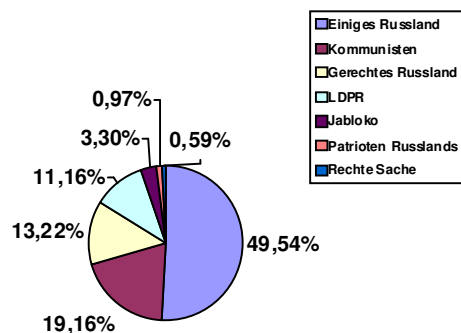
Es ist wohl zu erwarten, dass die neue zusammengesetzte Duma die russische Politik nicht entscheidend verändern wird. Doch kann eine jetzt gestärkte Opposition selbstbewusster und unabhängiger agieren und mehr Druck auf die Regierungspartei ausüben.

Die namentliche Zusammensetzung der Duma ist noch nicht bekannt und wird erst nach der offiziellen Verkündung des Wahlergebnisses veröffentlicht. Dies liegt vor allem am komplizierten Wahlverfahren und

einer besonderen Berücksichtigung der Regionallisten.

Die erstmalig für 5 Jahre gewählte Staatsduma der 6. Wahlperiode (seit 1991) muss sich laut der Art. 99 der Verfassung der RF nicht später als am 30. Tag nach der offiziellen Veröffentlichung zusammenfinden. Optimistischen Einschätzungen zur Folge könnte die erste Sitzung bereits am 26. oder 27. Dezember 2011 stattfinden.

Vorläufiges Ergebnis der Parlamentswahlen in Russland am 4.12.2011 bei 96% der ausgezählten Wählerstimmen



Die vorläufige Sitzverteilung in der Staatsduma bei dem aktuellen Wahlergebnis wäre folgende (Ergebnis 2007): **238** (315) Sitze bei Einiges Russland, **92** (57) bei Kommunisten, **64** (38) bei Gerechtes Russland und LDPR bekäme **56** (40) Sitze im russischen Parlament.

Die Reaktionen der russischen Presse zu den Dumawahlen variieren erheblich. Während die regierungsfreundlichen Medien (Rossijskaja Gazeta) sich auf die Beschreibung des Wahlverlaufes und vorläufige positive Meldungen der GUS-Wahlbeobachter konzentrieren, üben die oppositionellen Zeitungen starke Kritik in der Einschätzung der Fairness der Wahlen. So warf „Nowaja Gazeta“ der Regierungspartei „Einiges Russland“ zahlreiche Wahlmanipulationen vor. Auch die OSCE-Wahlbeobachter meldeten in ihrem Bericht häufige Verstöße bei den Parlamentswahlen, vor allem während der

Stimmenauszählung. Am Tag nach der Wahl gab es in Petersburg und Moskau Proteste wegen der Wahlverstöße.

Für Empörung im Internet sorgten die am Wahltag verübten Hacker-Angriffe auf Internetseiten einiger regierungskritischer Medien, wie der Zeitung „Kommersant“, Zeitschrift „The New Times“, Radiosender „Echo Moskv“, und auf die Webseite von Live Journal. Unter diesem Angriff litt besonders die Assoziation „Zur Verteidigung der Rechte der Wähler“ (Golos), die auf ihrer Homepage eine „Karte der Verstößen“ gegen das Wahlgesetz veröffentlichte. Ihre Website wurde ebenfalls mit DDoS angegriffen und komplett lahmgelegt. Die Legitimität von Golos und ihrer finanziellen Quellen wurden durch einige Abgeordnete der Staatsduma schon im Vorfeld der Wahlen in Frage gestellt. Ein Moskauer Gericht hatte die Gruppe wegen Verstöße gegen die Wahlordnung mit einer Geldstrafe belegt und die Schaffung eines negativen Bildes von ER bei den Wählern vorgeworfen.

Zwar gelten zur Beurteilung einer demokratischen Wahl, hinsichtlich ihrer Fairness und der daraus abgeleiteten Legitimität, überall die gleichen Anforderungen, jedoch muss man die länderspezifischen Unterschiede und vor allem den geschichtlichen Kontext immer mit berücksichtigen. Das Verlangen nach einer starken und damit autoritären Führung ist in Russland immer noch verbreitet, die negative Erfahrung der 1990er Jahre tritt dabei als zusätzlicher Multiplikator auf. Insofern findet das heutige politische System in Russland auch weiterhin bei breiten Bevölkerungsteilen seine Zustimmung. Trotzdem bleibt die Russische Föderation ein, zumindest in seiner Grundausrichtung, demokratischer Staat, wenn auch mit erheblichen Defiziten. Der Rechtsnationalismus und seine Instrumentalisierung für den Wahlkampf werden von den meisten Parteien entschieden abgelehnt. Rechtsnationalistische Auswüchse stellen aber eine zunehmende, im Westen kaum wahrgenommene Gefahr, für den russischen Staat dar.

Vor dem Hintergrund des geschichtlichen Kontextes müssen auch die Parlamentswahlen in Russland betrachtet werden. Einer-

seits lässt sich sagen, dass die Wahlen Defizite nach westlichen Standards aufwiesen. Vor allem die Berichterstattung, im immer noch eine große Rolle spielenden staatlichen Fernsehen war klar einseitig. Andererseits waren alle registrierten Parteien per gesetzlicher Quote, im Gegensatz zu 2007, im staatlichen Fernsehen vertreten und eine systematische, großflächige Wahlmanipulation wurde bisher nicht festgestellt. Es mangelte auch nicht an alternativen Informationsquellen. Wie bei keiner Wahl zuvor in Russland diente das Internet für eine Vielzahl von Russen als unabhängige Informationsquelle, auf der in Blogs und sozialen Netzwerken über die Wahlen debattiert wurde. Das Internet ist in Russland bei weitem nicht nur einer Minderheit vorbehalten, das Land hat jüngsten Statistiken zur Folge die meisten Internetnutzer in Europa, noch vor Deutschland. Auch die russische Tagespresse bot ein differenziertes und weitgehend objektives Bild. Selbst die schärfsten Kremlkritiker, wie der inhaftierte Chodorowski, sind vor den Wahlen in den landesweit vertriebenen Printmedien zur Wort gekommen.

Bei der Analyse der Dumawahlen sollte man berücksichtigen, dass ER innerhalb der RF tatsächlich von einem Großteil der Bevölkerung unterstützt wird und bei all ihren Defiziten auch einige Erfolge aufweist. Das Überwinden der ersten Welle der Wirtschaftskrise, die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes, enorme Einkommenssteigerungen im letzten Jahrzehnt, Verbesserungen im sozialen und medizinischen Bereich und der inneren Sicherheit, eine Reform und Modernisierung der Streitkräfte und Erfolge bei der Terrorbekämpfung sind aus Sicht der Mehrheit der russischen Wähler Erfolge der Politik von ER, weshalb sie für eine Mehrheit wählbar bleibt.

Die tatsächliche Regierungsbildung erfolgt erst nach der Präsidentschaftswahl am 04. März 2012. Ihre Zusammensetzung bleibt abzuwarten. Im Vorfeld der Wahl kündigte der zukünftige Ministerpräsident Medwedew eine breit aufgestellte und junge Regierung an. Diese Regierung wird auf eine erstarkte Opposition treffen und zu Eingeständnissen

bereit sein müssen. Tatsächlich bietet der Verlust der zweidrittel Mehrheit durch die ER der Opposition eine Chance der Regierungspartei bei wichtigen Reformfragen Zugeständnisse abzurufen.

Einen Ausblick auf die zukünftige russische Außenpolitik konnte man bereits während des Wahlkampfes erhalten. Das Projekt einer Eurasischen Union soll dabei einen Kernpunkt – mit Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone – bilden. Dabei wurde deutlich, dass sich die russische Politik in Zukunft stärker auf den post-sowjetischen Raum konzentrieren wird. Die EU als Partner verliert jedoch nicht an Bedeutung. Russland bleibt weiterhin abhängig von seinen Rohstoffexporten und benötigt Europa als Partner bei der Modernisierung seiner Wirtschaft.